79. Jahrgang. Nr. 267 — Freitag, 9. Juni 1933

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich RM. 3.20 (einschließl. 90 Pfg. Trägerlohn), durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 86 Pfg. Postgebühr (ohne Bestellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Anzeigenpreise: 30 mm breite Grundzeile 36 Pfg., auswärts 40 Pfg. Ortsnachlaß u. Rabatte nach Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ermäßigte Preise. Off.-Gebühr 30 Pfg. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Vorübergehendes Transfer-Moratorium

Zahlungsverpflichtungen in Reichsmark fällig

Berlin, 8. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem auch die Vertreter der kurz- und langfristigen Auslandsgläubiger in der vorwöchigen Zusammenkunft mit der Reichsbank einhellig anerkannt haben, daß bei einem weiteren Rückgang der Gold- und Devisenreserve die volle Funktion der Reichsbank als zentrales Notenbankinstitut beeinträchtigt werde und es daher wünschenswert sei, diese Reserve schrittweise zu erhöhen, hat die Reichsbank nunmehr an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in welchem sie davon Mitteilung macht, daß sie mit Wirkung per 1. Juli d. J. für eine vorübergehende und hoffentlich kurze Zeit die Zuteilung von Devisen auf alle diejenigen Zahlungen einstellt, welche Verpflichtungen betreffen, die vor der Julikrise 1931 entstanden sind. Ausgenommen hiervon sind die bestehenden Stillhalteabkommen.

Um ganz klar zu machen, daß es sich bei der vorübergehenden Unterbrechung des Transfers um eine rein volkswirtschaftliche Angelegenheit handelt, nämlich darum, daß die Reichsbank nicht genügend fremde Zahlungsmittel zur Verfügung hat, nicht aber um eine Zahlungsstockung privater Schuldner, hat die Reichsregierung ein Gesetz erlassen, wonach die deutschen Schuldner verpflichtet werden, ihre Zahlungen in Reichsmark weiter zu leisten. Die eingezahlten Markbeträge werden in einer besonderen Konversionskasse so lange verwaltet, bis wieder genügend ausländische Zahlungsmittel zur Verfügung stehen, um den rückständigen Transfer durchzuführen.

Mit dieser Lösung gibt die Reichsregierung klar zu erkennen, daß sie

die Sicherheit privater Eigentumsrechte

nicht antastet, und daß die deutsche Wirtschaft den festen Willen hat, ihre eingegangenen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Diese Einstellung Deutschlands ist um so höher zu werten, als in der Wirtschaft zahlreicher anderer Länder nicht nur Transfer-, sondern auch Zahlungsschwierigkeiten an der Tagesordnung sind, während in Deutschland mit ganz vereinzelten Ausnahmen die Schuldner ihren Verpflichtungen in vollem Umfange nachgekommen sind. Zinsen und Amortisationen sind entrichtet worden in einer Zeit, in der die ganze Welt und insbesondere Deutschland von einer wirtschaftlichen Depression und einem Rückgang aller Werte in einer Weise heimgesucht wurden, die in der Geschichte kaum ihresgleichen findet. In zahlreichen anderen Ländern mußten bei Anlagewerten konservativsten Charakters Zins- und Tilgungszahlungen eingestellt oder Akkorde bewilligt werden.

Deutschland dagegen hat bisher alle seine Verpflichtungen erfüllt und beansprucht auch jetzt keinen Vergleich wegen seiner Verpflichtungen.

Die Vertreter der kurz- und langfristigen Gläubiger Deutschlands haben sich bereit erklärt, auch fernerhin mit der Reichsbank in enger Fühlung zu bleiben und gemeinschaftlich mit ihr zu erwägen, was zur Milderung und wenn möglich, zur baldigen Beendigung des jetzt eingetretenen Zustandes führen kann. Zu diesen Erwägungen gehört auch die Frage einer Aufteilung der hoffentlich bald wieder anwachsenden Devisenaufkommen auf die verschiedenen Schuldarten.

Im Einverständnis mit der Reichsbank treten die Stillhaltegläubiger bereits am 18. Juni d. J. zu einer Besprechung in London zusammen. Die Reichsbank hat an die Vertreter der langfristigen Gläubiger und an die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel das Ersuchen gerichtet, ebenfalls in der kommenden Woche in London zu einer Besprechung zusammenzutreten.

Die Reichsbank wird bei diesen Besprechungen ihr möglichstes tun, um zu einer Lösung der seit langem erwarteten und nunmehr eingetretenen Transferkrise beizutragen. Sie wird dabei ausgehen von den beiden Grundsätzen,

Max Schmeling geschlagen

Der mit so viel Spannung erwartete Ausscheidungskampf um die Weltmeisterschaft im Boxen zwischen

Schmeling und Baer

endete mit einer Niederlage des Deutschen, da der Ringrichter den Kampf in der 10. Runde abbrach und Baer zum Sieger erklärte.

Ausführlicher Bericht auf Seite 6.

die die Berliner Besprechungen mit den Gläubigervertretern als einhelliges Ergebnis festgestellt haben, nämlich:

1. **daß die Gold- und Devisenreserve der Reichsbank zwecks Erhaltung ihrer Funktion als Währungsinstitut wieder angereichert werden muß, und**
2. **daß der laufende Warenhandel Deutschlands keinen Finanzierungsbeschränkungen unterworfen wird, weil sonst die hervorragendste Quelle des Devisenaufkommens verschlossen werden würde.**

Aus diesem Grunde sind auch alle unkontrollierbaren Zeitungsnachrichten mit größter Skepsis aufzunehmen, die von Vergeltungs- oder Gegenmaßnahmen ausländischer Kreise sprechen wie z. B. Beschlagnahmen, Zwangsclearing und ähnlichen Dingen. Denn es handelt sich bei dem Vorgehen der Reichsbank nicht um irgendeinen willkürlichen Akt, sondern lediglich um die Auswirkung von Tatsachen, an deren Entstehung die Reichsbank völlig unbeteiligt ist, und aus der ein einseitiger, von Deutschland abhängiger Ausweg nicht gefunden werden kann. Sollten sich andere Auswege finden, und sie können auf dem Wege einer Rekonstruktion der internationalen Wirtschaft gefunden werden, so ist die Reichsbank ebenso wie die deutsche Reichsregierung bereit, daran mit allem Nachdruck mitzuarbeiten.

Die Begründung dieser Maßnahmen auf Seite 2!

Eine Zwischenlösung

Nach genauer Prüfung des Vertragstextes, den die vier europäischen Großmächte in Rom unterzeichnet haben, empfinden wir durchaus nicht das Bedürfnis, den Paktabschluß als einen großen deutschen Erfolg zu feiern, wie das in der Weimarer Zeit bei jedem außenpolitischen Schritt der Regierung üblich war. Wir sehen aber auch keinen Grund zu ablehnender Kritik in der auch regierungsseitig offen zugegebenen Tatsache, daß weder Mussolinis Gedanken im endgültigen Text mit der wünschenswerten Klarheit zum Ausdruck gekommen, noch alle deutschen Wünsche erfüllt worden sind. Die Beurteilung darf überhaupt nicht an den Buchstaben des Vertragswerkes hängenbleiben, sondern muß vom Ganzen ausgehen und die politische Wandlung berücksichtigen, die damit in Europa angebahnt worden ist. So gesehen, war es für Deutschland in der gegenwärtigen Lage sicher vorteilhafter, den Pakt trotz starker Mängel in der Formulierung zu unterzeichnen, als Mussolinis Bemühungen an einer deutschen Absage scheitern zu lassen und damit Frankreich einen unschätzbaren Dienst zu erweisen.

Drei beherrschende Gesichtspunkte führen zu diesem Ergebnis. Erstens die Tatsache, daß Deutschland in einer neuen Form gleichwertig und gleichberechtigt in den Rat der vier bestimmenden Mächte eintritt, ohne daß den Schützlingen Frankreichs, wie seinerzeit bei unserem Eintritt in den Völkerbund, ein Extrasitz bewilligt wurde. Wenn man bedenkt, daß vor einigen Wochen unter dem Eindruck der Lügenhetze die allgemeine Tendenz noch dahin ging, das neue Deutschland als unwürdig und „barbarisch" aus der Gemeinschaft der Nationen überhaupt auszuschalten, dann ist diese moralische Genugtuung nicht gering einzuschätzen. Die geschickte Abwehr Hitlers hat mit Mussolinis tatkräftiger Hilfe zunächst einen Umschwung in der politischen Gesamtlage herbeigeführt, der für die Zukunft auch positive Möglichkeiten eröffnet.

Das ist der zweite Gesichtspunkt, der bei der berechtigten Kritik an der mangelhaften Fassung des Art. 2 (Statusquo und Revision) und des Art. 3 (Abrüstung und wehrpolitische Gleichberechtigung) nicht übersehen werden darf. Hier sind zwar durch den französischen Widerstand die klaren Formeln gefallen, die die praktische Verwirklichung sowohl der Gleichberechtigung wie der Revision sofort vorwärtsgetrieben hätten, und es ist zur Beruhigung der französischen Vasallen sogar ein gewisses Gegengewicht eingefügt worden durch die Bezugnahme auf die Teile der Völkerbundssatzung, welche die Erhaltung des gegenwärtigen europäischen Zustandes und gemeinsame Maßnahmen gegen einen Angreifer behandeln. Auch die enge Verflechtung des neuen Vertragswerkes mit der Völkerbundsmaschinerie steht im Gegensatz zu Mussolinis ursprünglichen Absichten und zum tieferen Sinn des Paktes. Diese Verschlechterungen des italienischen Entwurfes konnten aber hingenommen werden, weil sie praktisch wenig bedeuten und weil in den Fragen, die uns hauptsächlich interessieren, für die freie Entfaltung der deutschen Politik wenigstens kein Weg verbaut worden ist. An der grundsätzlichen Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung, wie sie in der Vereinbarung vom 11. Dezember 1932 ihren Ausdruck gefunden hat, wird nicht gerüttelt; für den Fall politischer Hochspannung nach dem etwaigen Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz wird ein Ventil geöffnet durch die Ankündigung weiterer interner Verhandlungen der vier Mächte über diese Fragen, und die Revision unanwendbarer Verträge wird trotz allen Kautelen immerhin zum erstenmal als aktuelles Thema im Rahmen eines internationalen Staatsvertrages zur Debatte gestellt. Auf Grund dieser Bestimmungen kann im bösen Sinne nichts und im guten vieles gemacht werden. Man kann bei den bisherigen schlechten Zuständen in Europa stehenbleiben oder zu einer besseren Neuordnung vorwärtsschreiten; alles hängt von dem Geist und dem Grad der Verständigung unter den vier Vormächten ab, zu der im Pakt die Grundlage gelegt werden soll.

Die dritte und vielleicht wichtigste Folge des Vertragsabschlusses ist die Tatsache, daß Frankreich zu einem ersten, bedeutsamen Schritt von der Bündnis- und Hegemonialpolitik weg und zu einer wirklichen Verständigungspolitik hin gezwungen wurde. Es hat sicher seine alten Machträume noch nicht aufgegeben, und es wehrt sich noch kräftig, wie die Verwässerung des Mussoliniplanes durch die französische Diplomatie zeigt, gegen das neue staatsbildende Prinzip, das in Europa revolutionär zur Oberfläche drängt.

Deutschlands Verdienst um das Friedenswerk

Mussolinis Dank an Hitler

Berlin, 8. Juni. Nach dem jetzt vorliegenden Wortlaut der großen Senatsrede Mussolinis hat der italienische Regierungschef im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über das Entstehen des Viermächtepaktes über Deutschlands Rolle folgendes ausgeführt:

Von einem lebhaften Wunsch zur Zusammenarbeit ist

die Haltung Deutschlands

getragen gewesen. Es gab einen Augenblick, in dem eine interessierte Kampagne von den durch die nationalsozialistische Revolution besiegten Elementen das Gespenst des Krieges heraufbeschworen hat. Die große Rede Hitlers vom 17. Mai hat die Lage sofort geklärt. Es war eine moralisch mutige und politisch beruhigende Rede. **Deutschland will den Frieden und nicht den Krieg, einen aufbauenden Frieden im Innern und nach außen.** Das ist der Kernpunkt der Rede, die auch eine ausdrückliche Zustimmung zum Viererpakt enthielt. Mit seiner ersten Zustimmung und mit der weitblickenden Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung des Paktes und mit der vor einer Stunde dem deutschen Botschafter erteilten Ermächtigung zur Paraphierung (lebhafter Beifall)

hat Hitler einen konkreten und greifbaren Beweis für die Absichten gegeben, die seine Regierung beseelen.

Reden, die auf die gleichen Grundsätze eingestellt sind, wurden gehalten von Ministerpräsident Göring, der in Düsseldorf erklärte, daß das Deutschland des Dritten Reiches das Bollwerk des Friedens sein wird, und von Hitler gelegentlich der Wahl in Danzig. Der Friedenswille Deutschlands ist also überall feierlich bekräftigt worden. **Man muß sich Rechnung darüber ablegen, daß das, was in Deutschland zur Zeit im Gange ist, eine tiefgreifende Revolution ist, nicht nur nationaler, sondern auch sozialer Art, und daß es zum mindesten gewagt wäre, wenn man bei ihrer Beurteilung den Maßstab Deutschlands aus der Vorkriegszeit anlegen wollte. (Beifall.) Man hat es hier mit einer Revolution des Volkes zu tun, die von Männern unternommen wird, die aus dem Kriege und aus dem Volke hervorgegangen sind. Es ist nicht der Staatsstreich von oben, sondern ein von 20 Millionen Deutschen getragenes Ereignis.**

In internationaler Beziehung wiederhole ich, was ich bereits einmal in diesem Saale gesagt habe: „Deutschland ist da im Herzen Europas mit seiner gewaltigen Bevölkerung von 65 Millionen Menschen, mit seiner Geschichte, seiner Kultur, seinen Notwendigkeiten.

Eine wahrhafte europäische Politik mit dem Ziele der Errichtung des Friedens kann man nicht ohne und noch viel weniger gegen Deutschland machen."

(Beifall.) Eine solche Politik zu treiben, wird um so weniger möglich sein, je mehr Deutschland seine internationale Aktion nach den wesentlichen Punkten der programmatischen Rede Hitlers einrichten wird. (Sehr lebhafter Beifall.)

Heute:

Der D. N.-Kraftfahrer

Seite 13 und 14